

Frankasische Post

Erscheint 3mal wöchentlich:

am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Bezugspreis: 15 Rubl. für 2 Monate. Anzeigen:
die 3-mal gepaltene Kleinzelle auf der ersten
Seite—60 Kov., auf der 4. Seite—40 Kov.Adresse der Redaktion und der Geschäftsstelle:
Kirchenstr. (Крпчон. y.) № 25, 2. Hof des 3.-K.-S.
Erschienen: 6—7 Uhr abends.

Nr. 83.

Tiflis, den 3. Dezember 1918.

10. Jahrgang.

Die Deutsch-Kaukasische HANDELS - BANK

im Hause Aramjanz, Ecke des Golowin-
schen Prosp. und der Barjatsinski-Str.,
hatam 30. November 1918 ihre Tätigkeit eröffnet.
Sämtliche Operationen statutenmäßig.

Deutsches Militär - Krankenhaus.

Deutschsprechende Kartoffelschleierinnen und Waschl-
frauen gesucht.
Bedingungen zu erfahren: Nabereshnaja Nr. 15.

Dankfagung.

Der evangelisch-lutherische Frauen-
verein in Tiflis drückt hiermit Sr. Exl. General
Kress von Kressen sein den tiefgefühltesten Dank
für seine hochherzige Spende zum Besten des Stiefenbäuses
im Betrage von 1000 Rubl. aus.

Der Vorstand.

Der demokratische Gedanke in Deutschland.

Man hört so viel reden von der „Möglichkeit“ der innerpolitischen Umwälzung in Deutschland, dem „unverwandelten“ Durchbruch des demokratischen Gedankens in ihm und der „ganz unverhändlichen Uebertragung“ seitens des allgemein so monarchisch geneigten deutschen Volkes, mit seiner bis ins Mark hinein konservativen Oberhäutlichkeit, dem „deutschen Junkertum“, und seiner an der angekommenen Scholle lebenden und deshalb wohl nicht minder konservativen Unterhäutlichkeit, der „erfassenen deutschen Bauernschaft“, zwischen denen die Mittelschicht, das „latte deutsche Bürgertum“, oder der deutsche „Mittelstand“, nach landläufiger Auffassung wohl auch für alles andere leichter zu haben war, als für Umwälzung der bestehenden Ordnung, derartig von den Sozialisten befürchtet wurde, — daß wir kein Uebrigendes zu tun vermaßen, wenn wir in Nachsicht haben, um die Irrigkeit obiger Anschauung und der aus ihr folgenden Schlüsse darzutun, einen im vorigen Jahre, also bedeutende Zeit vor Ausbruch der Revolution, von Dr. Max Beer verfaßten Aufsatz: „Der demokratische Gedanke im kriegsführenden Deutschland“ (als Broschüre erschienen 1918 bei Ferd. Böhls Verlag in Bern) ungekürzt wiedergeben. Der Aufsatz hat folgenden Wortlaut:

1.

Wenn man sich eines Tages gründlich mit der Geschichte dieses Krieges befassen wird, dann werden hundertlei Einzelgeschichten zu schreiben sein. Man wird in dem wirren Nebel der ähneren Tatsachen und Strömungen jede einzelne aus ihren zahlreichen Verwicklungen herauslösen, rings herum die Fäden säubern und ordnen und alle Linien und Richtungen sorgsam verfolgen müssen. Manches Ereignis, das heute düst und kräftig vor uns steht, wird als schwächliche Tageserscheinung beiseite gelagt, manch Ideal, das uns und den anderen prunkhaft vorangetragen wurde, als aufgelaßenes Schlagwort entlarvt werden. Viele Dinge und viele Worte werden für lange Zeiten, für immer vielleicht, entwertet bleiben; die Enttäuschungen, die sie uns brachten, der Mißbrauch, den man mit ihnen trieb, hat ihnen Kraft und Inhalt genommen. Es gibt kaum einen moralischen und politischen Wert, der nicht in der Hegenläche der Propaganda, der politischen Bauernfängererei, der klumpen Nachrichtenmade durcheinandergewirrt und umgewandelt worden wäre. Wir werden alle einen verdorbenen Magen haben, der vor der gefälligen oder auch nur entweichten Nahrung zurückzuckt, und vor den leeren Tellern

und Schüsseln werden wir uns noch geraume Zeit den Kopf darüber zerbrechen, wovon wir fürderhin leben sollen.

Wird die große geistige Strömung, die wir mit dem Wort „Demokratie“ bezeichnen, auch dem Schicksal so vieler anderer Zeitfragen verfallen? Oder gehört sie, wie unser Gefühl es uns deutlich verriecht, zu den Erlebensissen dieses Krieges, die sich zu Ergebnissen entwickeln? Kein politisches Ideal ist so sehr Schlagwort gemeint, so sehr als Lüge und Röber mißbraucht worden, wie dieses. Aber während alle anderen nur hier und da von geschickten Tauschspielern in den Strom der Ereignisse geworfen wurden, um ihnen den Schein einer Farbe und einer Tragkraft zu verleihen, die ihnen allein nicht eignete, floß das demokratische Ideal aus der Quelle der Ereignisse selbst heraus. Seine tiefe Verwandtschaft mit dem vielfältigen und ungewöhnlichen Geschehen dieser Zeit war so offenbar, daß vor ihm das gleichbenannte Schlagwort, das nur auf dem Strome hin- und herblühte, zerrinnen mußte.

Die große russische Revolution hat den demokratischen Gedanken in Riesengröße vor uns aufgestellt, und ihre Bedeutung für seine weitere Entwicklung in allen Ländern ist noch nicht abzuwehen. Aber nicht sie gab dem Gedanken seine erste Gestalt in diesem Kriege. Als im August 1914 die Katastrophe hereinbrach, ging in der Tat sogleich eine große demokratische Welle durch das deutsche Volk, vor allen anderen Völkern. Die Mehrheit der Deutschen fand die für den Krieg notwendige Begeisterung vor allem in dem Gedanken, daß der Kampf der Vernichtung des tyrannischen Jazismus galt, oder immerhin der Beibehaltung der deutschen freieren Kultur vor den Folgen russischer Selbstherrschafft. Es hat durchaus keinen Zweck, den Verdacht auszusprechen, es habe sich nur um ein geschicktes Manöver der deutschen Regierung gehandelt. Daß eine Regierung, wenn sie sich vor die Notwendigkeit des Krieges gestellt sieht, alle vorhandenen, die Landesverteidigung fördernden Strömungen ausnützt, ist selbstverständlich und konnte nur als verbrecherische Taktik verurteilt werden, wenn die Regierung, auf diese Strömungen lässig spekulierend, mutwillig an ihre kriegerische Ausbeutung geschritten wäre. Wer konnte aber in solcher Weise auf den Ausbruch des deutschen Volkempfindens gegen die russische Selbstherrschafft rechnen? Dieser Ausbruch war eine plötzliche Offenbarung der Volkseele, die in das wesentlich revolutionäre Erlebnis des Krieges geschleudert worden war. So kam es, daß außenpolitisch Deutschland ganz natürlich mit demokratischem Sturmwind hinter den Segeln in diesen Krieg hineinbrach.

Gleichzeitig aber — und das ist wichtiger — ging ein großes Streben nach Gleichheit und Brüderlichkeit durch die deutsche Nation. Der Erfolg des Kaiserwortes: „Ich kenne keine Parteien mehr, nur Deutsche“, ist aus diesem Streben heraus zu erklären. Es erwuchs aus innerem und ehrlichem Mitleiden. Es kam einem Bedürfnis entgegen, das von der ersten Stunde der Kriegsgefahr im Volk lebte, ehe die neue Formel noch ausgesprochen worden war. So ging denn auch die Bedeutung des Wortes weit über die des Begriffs Bürgerfriede hinaus; es umschloß bereits alle jene demokratischen Stimmungen, die sich von nun an allmählich in feste gedankliche Formen fügen sollten.

Will man den Aufstieg des demokratischen Gedankens in Deutschland seit dem Kriege verstehen, so muß man diese erste, wichtige, die Ehrlichkeit und Wirklichkeit der demokratischen Entwicklung erweisende Tatsache bedenken, daß trotz aller Disziplin das deutsche Volk stets das Volk der sich entwickelnden Individualitäten war, das es viel weniger an starren Traditionen hängt als die Weltvölker, weniger als diese sich Masseninjungen hingibt und in seinem tiefsten Wesen durchaus nicht konservativ, sondern überraschend vorurteillos ist. In seinem Lande ist außerdem das nackte Schlagwort so wirkungslos wie in Deutschland. Es ist dem Deutschen ganz gleichgültig, was auf seinen öffentlichen Gebäuden und Kirchen geschrieben steht. „Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit“ können ihm als Wanddecoration nicht viel sagen. Sie sagen ihm überhaupt nichts, so lange er nicht über innere praktische Notwendigkeit fühlt. Das erklärt uns, warum vor dem Kriege innerlich freiheitliche Deutsche nicht viel Aufgehens von der

Demokratie machten. Für einen in einem Glasjanz fortigfältig aufgeborenen Schwundgegenstand hatte man keinen Sinn. Aber als brauchbares Hautgerät, als notwendiges Werkzeug des harten Alltages, entzückte sich dem Deutschen dieses politische Ideal sofort in der großen Schicksalsstunde. Was praktisch wertvoll war, hatte er allerdings bereits vorher erworben und erprobt: eine geordnete, nicht auf kapitalistische Vorrechte gegründete Justiz; eine das arbeitende Volk schützende Sozialgesetzgebung; ein freilichliches Wahlrecht für das Reichsparlament und wesentliche Mitarbeit an der Herrichtung zum Teil vorbildlicher Gesetze. Nun wurde ihm aus der Not der plötzlich hereinabgebrochenen Ereignisse und aus der Erkenntnis der begangenen Fehler der Wert der eigenen Arbeit an den weiteren Geschehen des Landes bewußt. Die Fragen über Krieg und Frieden, das Problem der Beziehungen zu den fremden Völkern, die große, schwere Aufgabe einer Neuordnung der zerstörten Welt schufen Forderungen, die sich unüberwindlich Bahn brachen und zum Teil auch durchsetzten.

Was vom Volke galt, mußte auch von der Regierung gelten. Auch sie erkannte, wenn auch zögernd, daß die fürchterlichen Erfahrungen des Krieges Erfordernisse schufen, die ihr vorher nicht dringlich, ja schädlich erschienen waren, deren Fehlen sie nun aber tagtäglich beklagen durfte. Es bleibt Bethmann Hollwegs unvergängliches Verdienst, trotzdem nichts in seiner Vergangenheit ihn dazu vorbereitete, im Einklang mit dem Volksgefühl die neue Zeit erkannt und gefordert zu haben. Ihm, der noch mit der großen Herrlichkeit durch die Wüste gewandert war, konnte der Einzug in das gelobte Land nicht verweigert sein. Aber vom Berge blickte er weitabwärts hinein.

Die heißen inneren Kämpfe, die sich seit Bethmann die Neuorientierung begonnen hatte, in Deutschland abspielen, mit all den inneren Widersänden, die zu solchen Kämpfen gehören und die unvermeidlich sind, zeigen den siegreichen Aufstieg des demokratischen Gedankens in Deutschland. Der Grundriss ist aufgestellt, wichtige Bewerklungen sind erreicht. Die Zusammenziehung und Enttötung des Reichsinstitutiens und des preussischen Miniiteriums Hertling, der Entwurf der preussischen Wahlrechtsreform und darüber weit hinausreichende, die tatsächliche Zusammenarbeit der Volkvertretung und der Regierung in außenpolitischen Angelegenheiten, wie sie sich in der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917, der Antwort an die Papinote und den Beziehungen zu den Verhandlungen von Brest-Litovsk äußerte, sind unverrückbare Marksteine auf dem Wege nach Vorwärts und nach Osten. Strömungen, die aus nicht parlamentarischen Kreisen kommen und diese sachlich bekämpften, dürfen bei dieser Entwicklung nicht von vornherein als Beweise für eine Rückwärtsorientierung ausgebeutet werden. Alle Faktoren des nationalen Lebens müssen an dem Geschehe des Landes mitwirken, und fortschreitende Faktoren ausschalten, weil ihre Kompetenz nicht in vor dem Kriege erfolgten Reichstagswahlen und vor dem Kriege tagenden Wahlkomitees erbracht und besiegelt worden war, hieße dem Geschehe der Volksfreiheit Gewalt antun. Der größte Feind erhand überdes der deutschen Volksfreiheit nicht im Innern des Landes. Die größte Gefahr brachten die ausländischen, die feindlichen Regierungen, so die des Präsidenten Wilson. Indem sie als ein Ziel des Ententesieges eine Deutschland aufgezwungene Demokratie verkündeten, stellten sie die Demokratie und die militärische Sicherheit Deutschlands in einen Gegensatz zueinander, stellten sie die deutsche Demokratie und deutsche Niederlage einander gleich. Die deutsche Demokratie aber will, daß die deutsche Regierung die Bundesgenosse sei, nicht die amerikanische. Man konnte alles Streben nach Vorwärts nicht gefährlicher klosteln, als durch solche fremde Einmischung. Die Politik Wilsons vom Januar 1918 beweist, daß der amerikanische Präsident die Gefahr seiner bisherigen Taktik erkannt hat.

Zuland.

← Rundgebung der Regierung
v. 28. 11.: „In letzter Zeit werden in Tiflis mit einer

gewissen Abicht Gerichte verbreitet, als ob Engländer und Franzosen mit feindlichen Zielen und Absichten hierher kämen. Auf Grund glaubwürdiger Angaben hält es die Regierung für notwendig, bekannt zu machen, daß weder Frankreich, noch England noch irgend ein anderes Reich gegen unser Volk feindselig gesinnt ist, sondern daß sie, im Gegenteil, zu uns das vollste Vertrauen und freundschaftliche Gefühle für uns haben.

Der englische Major Macdonald (früher Vizeminister in Vaku) weile vorübergehend (2-3 Tage) in Tiflis (in Veranlassung der Wiederherstellung des Telegraphenverkehrs zwischen Tiflis und Vaku) und hat bei dieser Gelegenheit mit dem Minister des Aeußern, Geographen, eine längere Unterredung gehabt.

Der Generalgouverneur hat eine Verordnung betreffs beschäftigungsloser Personen, die nicht zum georgischen Untertanenverbande gehören, erlassen, laut welcher dieselben in Wodienriß das georgische Gebiet zu verlassen haben, widrigenfalls sie administrativ ausgewiesen werden sollen.

Das Ministerium der Arbeit hat ein Gesetzesprojekt über den Arbeitsvertrag ausgearbeitet, das aus 14 Abschnitten besteht, die überzets als einer Reihe von Unterabteilungen (3. B. „Grunda“ Nr. 74) abgedruckt. Wir werden hernach auf dasselbe eingehender zu sprechen kommen.

Das Parlament genehmigte eine Gesetzentwurf, nach welcher die Gehaltsnormen für die Minister und deren Kollegen erhöht werden und zwar: für ersteren bis 3600 Rubl. und für letztere — bis 2700 Rubl. im Monat.

Die Voruntersuchung in Sachen der Sprengung der Brücke zwischen Mzchet und Rantsa, die der Justizminister Alexjew-Meschin persönlich leitet ist abgeschlossen und wird dem außerordentlichen Gericht übergeben.

Am 26. Nov. wurde in der außerordentlichen Sitzung des Armenischen Nationalrats in Georgien die Frage der Rückkehr der armenischen Flüchtlinge in den Kaspialakischen Kreis erörtert.

Da aus dem Bericht des Mitglied des ausführenden Komitees J. Kantsjan zu erhellen war, daß die Flüchtlinge, ungeachtet des Abtraten des Bevollmächtigten des Nationalrates, sich massenweise nach Kaspalack begeben, wurde beschloffen, so schnell als möglich an Wege Verlegenheitsmaßnahmen für die Rückführung zu ergreifen und die britischen Behörden zu ersuchen, für die Unterbringung derselben mit zu sorgen.

Der Generalgouverneur der Kreise Kaspalack und Kaspialak, Generalmajor Malajew, bringt zur allgemeinen Kenntnis, daß den Flüchtlingen die Rückkehr in den Kaspialakischen Kreis über Akur und den Kaspialakischen Kreis über Baluriani erlaubt ist.

Die Galozenpreise sind enorm gestiegen; für ein Paar Getreidekörner galt man 120 — 150 Rubl. und für schon getragene 50 — 70 Rubl.

Am 28. ds. Mts. fand für das deutsche Militär zu Tiflis in der städtischen Oper eine Sondervorstellung von

Aus aller Welt.

Kriegsfürsorge im Altertum. Die großartige Fürsorge zur Unterstützung der Angehörigen der Eingezogenen, der Kriegesbeschädigten und der Dinerklichenen der Gefallenen, die im heutigen Staat organisiert ist, war bis vor einem Jahrhundert unbekannt. Noch die Zivilisten aus den Kriegen Friedes des Großen zogen mit Leierfäden umher, und auch nach den Befreiungskriegen wurde für die Kinder der Gefallenen noch wenig getan. Eine solche Fürsorge kann sich nur bei einem Volksheer entwickeln, und deshalb ist auch das einzige geschichtliche Vorbild für die heutige Kriegsfürsorge im griechischen Altertum zu finden, wo ebenfalls Bürgerheere für die Freiheit des Vaterlandes kämpften. Die wichtigsten Beweismittel für diese Kriegsunterstützung im klassischen Altertum stellt Dr. J. Meer in der Vortragsreihe „Krieg und Frieden“ zusammen. Der erste entscheidende Hinweis findet sich in der berühmten Rede des Perikles, die dieser bei der Totenfeier für die Gefallenen des ersten Jahres des peloponnesischen Krieges hielt. Am Schluss dieser Rede heißt es nach der Wiederholung bei Thukydides: „Ihre Kinder aber wird von nun an bis zu ihrer Volljährigkeit die Stadt auf ihre Kosten erhalten.“ Als Demosthenes die Trauerrede für die bei Chäreneia Gefallenen hielt, brachte er denselben Gedanken zum Ausdruck. Zwar ist die ihm von der Leberlieferung zugeschriebene Grabrede bestimmt unecht, doch ist an der Nichtigkeit dieser Worte in dem Schlussteil nicht zu zweifeln. „An Stelle des kurzen Lebens“, heißt es da, „das sie gewohnt, ist der Ruhm, den sie für die ganze Folgezeit hinterlassen, unverwundlich. Im Glanze dieses Ruhmes werden ihre Kinder als Erben eines gedachten Namens vom Staat aufgezogen werden, ebenso wie ihre Eltern, allgemein geachtet, ihr Alterteil genießen werden.“ Auch der Redner Jschraqu führt in einer Rede interessante Einzelheiten über die staatliche Waisenfürsorge in Athen an, indem er

erzählt, wie bei den Festen des Dionysos die Kinder der im Kriege Gefallenen ins Theater geführt und dort von den Zuschauern geübt wurden. Solche Kriegsfürsorge-gesetze wurden bereits früh im attischen Staat erlassen werden sein. Sie scheinen weit über die Perserkriege, bis ins 6. Jahrhundert hinein zurückzuführen, denn erste Forscher, wie Herakleides der Pontiker, stritten sich darüber, ob Pisistratos oder Solon zuerst ein solches Gesetz durchbrachten, nach dem die Kriegesbeschädigten und die Kinder der Gefallenen vom Staate erhalten werden sollten. Von dem etwa im 450 in Milet lebenden Verfassungstheoretiker Hippodamos berichtet Aristoteles, er habe ein Gesetz vorgeschlagen, nach dem die Erziehung der Kinder der im Kriege Gefallenen dem Staat obliege, „gleich als ob dies Gesetz noch nicht bei anderen Staaten bestünde, während es in Wirklichkeit sowohl in Athen wie in anderen Staaten bereits vorhanden ist.“ Mit dem Ende der Bürgerheere und der griechischen Freiheit hörte auch diese Fürsorge auf. Der Staat Rom kümmerte sich nicht um das Schicksal seiner Soldnerheere, sie schließlich während des Kaiserreiches die Wut und Empörung der Legion die Regierung zwang, den Invaliden und Angehörigen große Landzonen zuzuteilen. Auf diese Weise entstanden die Militärkolonien, ein An siedlungsverfahren, das auch jetzt wieder für Kriegesbeschädigte und die Angehörigen der Gefallenen in großzügiger Weise durchgeführt werden soll.

Der „Weltknusper“ jekt und einfi. Die Krankheit mit dem unheimlichen Namen „Grippe“ ist auf ihrem Wege um den Erdball zum 2. Mal und böserartiger wie bei uns auch in Deutschland eingelebt. In Berlin werden Theateraufführungen abgesetzt, in Breslau Konzerte, Industriebetriebe hoden, und die Arzte dürfen Schwerarbeiterzulage beanspruchen. Als die Kriege noch ein harmloses, fast freundliches Gesicht im Vergleich zu dem heutigen furchtbaren Geschehen zeigten, schwang die Pest ihre dunkle Geißel, jekt tuis, harmloser, freundlicher,

verhältnismäßig ruhig. Der Versuch, die Pest zu bekämpfen, scheiterte, sich die Gewalt anzuzeigen, ist an dem Wiederbruch sämtlicher S. A. stärke in der Provinz gescheitert. Deutsche Funksprache.

(Vom 28. November.)

Die Schweiz hat die Vertreter der Volkswirtschaftsregierung ausgewählt. Sie sind im Sonntagszug durch Deutschland über die russische Grenze abgehenden worden. — Im schlesischen Streikgebiet ist ruhige Lage. Wiedereinnahme der Arbeit in einigen Betrieben, während in anderen Arbeitsunterbrechung. — Die Nachricht von Trennung von Kirche und Staat durch eine Übertragung im Budget wird demontiert, doch ist im Programm einer sozialdemokratischen Republik Baranowitsch bereits begonnen; nötig ist die Mitarbeit der Christen. Berechtigte Interessen und religiöse Gefühle werden gespart werden, die katholische Bevölkerung braucht sich nicht zu beunruhigen. — Um Transsylvanien erzielte und humanitäre ist von deutschen Truppen und russischen heimkehrenden Kriegsgefangenen zu vermeiden, unter der Bedingung der 10. Klasse, nicht mehr Massen beschuldigen, als verlegt und transportiert werden können. Verhinderung des Verkehrs in Baranowitsch, Molodetschno u. a., auch Versuche, Besatzungsmittel zu stören. — Die Regierung gibt bekannt, daß sie die Interessen der deutschen Bevölkerung in Wallen nicht vernachlässigen werde. Gen. Wang hat der neuen russ. Republik erklärt, daß er ein. Unerwartet deutscher Herkunft und Sprache unter deutschem Schutz sind. Das aus Deutschen, Letten und Litauern zusammengesetzte Komitee hat bereits gegen die Bildung neuer Staaten im Baltikum protestiert, es alle dort lebenden Vertreter der verschiedenen Völker ihren Willen kundgegeben haben und die prozentualen Interessen über diese Fragen entschieden. — Aus Respekt kommt die Meldung von der Bill und der ersten Konvention der Regierung: Grafes Premierminister, Max Nordau und Janzwill im Ministerium des Aeußern, Staatsminister Nationalratsverwandlung, Solomos Minister des Innern, Abt. Reichslich Künzgen, Mandelstam Justiz, Oppenheim öffentlicher Unterricht, Dobschewskij Akerbau. — Kürst von Schwarzburg-Rudolstadt hat als letzter thronregierender Kürst abgezurist. — Die deutsche Waffensstillstandskommission protestiert gegen die einseitige Behandlung vieler zu erörterten Fragen, besonders über deutsche Handelsfahrtr und Seefahrer. — Die heimkehrenden deutschen Truppen werden überall herzlich empfangen, zur Verabfolgung werden die bisherigen Fahnen unter Hymnensingung roter Bänder verwendet. — In Sitzung des deutschen Volksrates stellt Scheidemann fest, daß übermäßige Begehr aller Stimmen für schnelle Einberufung gründender Versammlung ist. — Es wird bekanntgegeben, daß die deutschen Kriegerinnen für jeeder Einmischung in die Tätigkeit der Banken und Kreditinstitute entgangen werden. — Geht hebt in einer Rede die französischen Absichten hervor, Deutschland durch Besetzung in Einzelstaaten lauernd in achtlos zu halten; dem müsse durch seinen Zusammenhluß entgegengetreten werden. Die Hauptaufgabe sei die Entente übrigens in der Bekämpfung des Bolschewismus. — Die polnische Regierung wünscht friedliche Regelung der Grenzfragen mit Deutschland. — In

Russland.

Mitteilungen des Informationsbüros der Deutschen Delegation im Kaukasus (nach „Russ. Sledow“ v. 28. 11.).

Unseres Wissens ist es in Kiew rubia. An der ukrainischen Grenze verurtheilt heimkehrende Kriegsgefangene Anordnung, die an Anarchie grenzt. Die Verbändemächte haben Skloropadski als Heilmann anerkannt. Die Truppen der Entente werden nach ihrem Interesse in der Ukraine allmählich die deutschen Truppenteile zerlegen. — Allen Ansinnen nach sind in Sewastopol und Odessa Verbändstruppen bereits eingetroffen; offizielle Nachrichten hierüber liegen nicht vor. — In West ist der Dampfer „Kobos“ angekommen. Ueber das Schicksal der Dampfer „General“ und „Korona“ ist nicht bekannt. (Hierzu bemerkt die Red. der „R. S.“, daß nach ihr zugegangenen Mitteilungen der Dampfer in Konstantinopel zu Fahrten nach Odessa ausgefaßt sind). — Die Revolution in Deutschland verläuft

dieser „Meine Schnupfen“, der unermutet zum Weltknusper wurde und seine Harmlosigkeit verlor. Durch die unzulängliche Ernährung durch der menschliche Organismus seine natürliche Widerstandskraft eingebüßt und die Dausmittelchen der Friedenszeit heilen nicht mehr. Viele haben trotzdem Glück und überwunden's, manche werden dahingerafft, auch sie Opfer des Krieges.

Indessen auch unteigerische Zeiten wüsten um das seuchenartige Auftreten dieser Krankheit, deren Name nicht, wie mancher meint, eine Erfindung unserer Tage ist. In alten Zeitungen zu blättern, ist immer ein Vergnügen, und je älter die Zeitung, umso folger wird sich der heute Lebende vor dem Kuriositätenstrom, mit dem man damals die Blätter füllte, seiner Kulturbeobacht. Ein besonderes Vergnügen aber, wenn man unermutet auf Baralolen zur heutigen Zeit trifft. Ich blättere in dem „Neuigkeitenboten“, den der königliche Kriegsrat Karl Mächler für zwei Menschengenerationen in Berlin herausgab, und finde im Jahrgang 1837 die Rede nachdrückt: „Ein alter Kriegsträger in Düsseldorf W. Hubach hatte sich erinnert, daß etwa vor 60 Jahren (also um 1777 herum; d. Red.) eine ähnliche Krankheit als jetzt die Grippe in den Rheinländern herrschte, und daß ihm sein Vater ein Rezept aufgeschrieben, welches damals allgemein gebräuchlich.“ Und nun kommt das Rezept: Zwei Schöfles reinen Baumols, ein Schöpfel guten Franzbranntweins, drei frische Eierdotter und für 20 Pfennige weissen Honig. Man muß jagen, ein symptomatisches Rezept, schade nur, daß heute keine Herstellung auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen würde. ...

Wir blättern weiter und finden, daß zu jener Zeit sogar der Beginn geäußert wurde, um gewaltig gegen die böse Krankheit anzutreten. „Auf die Grippe“ disticht ein poetisches Gemälde in 14 Strophen, von denen wir die schönsten dem Leser nicht vorenthalten wollen:

Ja, ja, sie ist ein häßlich Ding,
Ergeizt jedes Menschenkind,



er Ukraine arbeitet die Entente darauf hin, eine russische Föderation zu schaffen. — König Georg von England und Thronfolger sind in Paris eingetroffen. — Die Klotiensperre im englischen Kanal ist aufgelassen worden, nachdem eine Gefährdung durch deutsche Kriegsschiffe nicht mehr besteht. — Graf Kauter, Vehmman Hollweg wendet sich in Wehrhaltung mit Protesten gegen die übertriebenen Behauptungen von Deutschlands Schuld am Weltkrieg. Nach den Enthüllungen des Subbotinoff-Prozesses kann kein Zweifel mehr bestehen, das nur Russland die Schuld trifft. Zweifel an habe kein Bestes getan, um den Krieg zu lokalisieren, aber alle Anstrengungen, die auch von Grey ehrlich unterstützt wurden, seien vergeblich gewesen. — Die neue deutsche Wahlteilung wird ausgearbeitet. Es soll auf je 150 000 Einwohner ein Abgeordneter entfallen. — Die italienische Zeitung „Gioco“ tritt gegen die übermäßigen französischen Ansprüche auf; dadurch würden nur neue Kriegswirtschaften geschaffen. — Das deutsche Gewerkschaften in Kattowitz, das bei den deutschen Truppen in der Ukraine alles in Ordnung sei. — Das deutsche Jagdmandat in Destsia teilt mit, daß am 25. der Dampfer „Guldtschmal“ aus Konstantinopel mit deutschen Truppen in Destsia angekommen sei. Die Jägerverbände Nikolajeffski geht ungehindert weiter.

II
Vom 29. November.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ wendet sich gegen die Rede Lord Curzon, der Deutschland die Schuld am Weltkrieg zurechnet; leider finden sich auch Deutsche, die, ohne irgendetwas über die Tatsachen unterrichtet zu sein, in dasselbe Horn blasen. Diese vergehen die langjährige Einfreisungspolitik und die feine russisch-französische Entschlossenheit, Deutschland niederzuwerfen. — Nach Stockholmer Meldungen sieht sich die Sowjetregierung vor dem Zusammenbruch; die meisten Mitglieder bereiten ihre Flucht ins Ausland vor. — In Großrußland stehen infolge der übertriebenen Verstaatlichung die meisten Betriebe still. Die heimkehrenden Kriegsgewinnler bringen Chaos und Anarchie mit sich. — Ententeverfeine begehrt die deutschen Behauptungen von drohender Hungernot als berechtigte Uebertreibungen. — In Südtirol verständig die Italiener, ohne die Friedenskonferenzen abzumachen, die inneren bis an den Brenner. — In Wien einträgliche Anträge aus Lemberg berichten über soziale Judenprogramme. Das Ghetto von Lemberg ist mit seinen Bewohnern in Flammen aufgegangen. Am Samstag beteiligten sich besonders polnische Arbeiter. — Die polnischen Vertreter in Moskau wurden verhaftet, die Akten beschlagnahmt; die polnische Regierung verlangt von Tschirichsiner Aufklärung. — Die Soldatenräte der Front, bei der D. G. V. und in verschiedenen anderen Städten, u. a. auch der Matrosenrat in Kiel, drücken ihre Solidarität mit der Regierung Oberstaats aus. Für den 1. Dezember ist nach Wien ein Kongreß der Räte anberufen. Dieser soll die Einigkeit der Räte im Sinne der Regierung und die Bekämpfung aller bolschewistischen Säuler verhandeln. — In Berlin tritt der Kongreß der Regierungen der Bundesstaaten (früher Bundesrat) zusammen. Eisner, der Präsident von Bayern, greift Stolz (?) und Erzberger an, die sich als Vertreter des alten Regimes

kompromittiert hätten. — Die Tschecoslovakische Regierung sendet dem Prinzregenten Alexander von Serbien eine Begrüßungsdepesche. Die beiden Völker, Tschecoslovakien und Serben, würden in brüderlicher Freundschaft am Ausbau der slavischen Volkskräfte zusammenwirken. — Besuch König Georges in Paris und des Thronfolgers von Serbien in Marseille.

R u s s i s c h e (bolschewistische) K u n f t s p r ü c h e.
Vom 26. November.

I.
Moskau, 26. 11.: Die Ereignisse in der Ukraine entwickeln sich. Im Norden der Ukraine ist die aufständische Bewegung im Wachsen begriffen. Sie macht sich auch im Süden bemerkbar. Bei Kijew ist ein aduflischer Mann starke Abweilung vieler Aufständischen erlitten. Die Aufständischen stellen allort die rüdtliche Gewalt weiter her. Im Zentrum der Ukraine ist gegen Storoßpadi an der Spitze der garmatschischen Truppen Peiljura aufgetreten. Er hat Zekaterinostlaw und Loßowaja bezieht und zieht gegen Poltawa. Storoßpadi kommen Krashnow'sche Truppen Teile zu Hilfe.

Umschka, 25. 11.: Die Rätearmeen haben Starobud eingenommen. Die Bourgeoisie ist gesündigt. Die Arbeiter gegen den Truppen mit roten Fahnen entgegen.

Charlow, 26. 11.: In Charlow hat sich eine Kommission gebildet, die die Aufgabe hat, den Charlower Arbeiterpartei zusammenzuführen. Auf den Fabriken finden Arbeiterpartei statt. Räte werden gewählt. Das Betriebs-Arbeiterkomitee hat einen allrussischen Arbeiterkongreß ausgeschrieben. . . . Wie verlautet, finden in Kijew Streiks statt. In Jaganst Demonstrationen. Die Krashnow'schen haben Maßnahmen gegen auf den Fabriken der Häuser aufgestellt. Der Verlagerungsstand ist verhängt worden. Unter Anrohung des Todes durch Erhängen wird Herausgabe der Waffen verlangt. Maßnahmen Verhaftungen und Grabschlingen. Am 20. 11. herrsche in Jaganst ein allgemeiner Streik.

Ein früheres Telegramm aus Charlow, vom 22. 11., besagt: Das Arbeiterkomitee teilt in kühner Form mit, daß die Gewalt sich in den Händen der alten Peiljura'schen Koalitions-Duma befindet. Die Duma ist entwirrt worden. Vor dem Umarmen der Truppen Peiljuras rettetet die „Freiwilligen“ nach Kijew. Nach Anstun Peiljuras wurde der drüdtliche Starob (Gemeindehäupter) verhaftet.

Vusluf, 25. 11.: Zwischen den Kosaken und den Wajtschen sind Kämpfungen entfallen. Letztere weichen sich, gegen die rote Armee in den ersten Reihen zu kämpfen. Die Ungehelligkeit führte zur Schwereit. Dieser Umstand war unsere Truppen von Augen. Wir . . . (Lüde). Die Kosaken und Wajtschen haben zusammen 900 Mann verloren.

Samara, 25. 11.: Die lissische Organisationen hat eine Resolution gefaßt, in der es heißt, daß der Versuch der „Re-Gr.“ (Sozialrevolutionäre), gefügt auf die bewaffnete Macht, die Herrschaft der Konstituante (größtenteils Verfallung) aufzurichten, gefährdet ist und zu einer Diktatur (?) des „Schwarzen Hunderts“ und der bürokratischen Elemente geführt habe. „In Arbeitrat dessen ist die Vusluf'sche Organisation für die Räte-Regierung, soweit deren Handlungen mit den Interessen der Arbeitenden im Einklang stehen werden.“

Vom 27. November.

II.
Moskau, 27. 11.: Die deutsche Regierung verhandelt mit Polen über Durchlaß von Lebensmittelfrachten aus dem Osten und deutscher Truppenteile. Die deutsche Okkupation Polens hat in Wirklichkeit aufgehört. Polnische Studenten (Legionäre) entlassen deutsche Offiziere und Soldaten. Es sind Maßregeln zur Hintanhaltung bolschewistischer Anschläge ergriffen worden.

Pskow, 26. 11.: Bei der Befestigung Pskows durch unsere Truppen ist eine ungeheuer große Menge von Geschossen erbeutet worden.

Woroneß, 26. 11.: In Zekaterinodar werden Arbeiter in Massen verhaftet. In den Gefängnissen befinden sich zurzeit mehr als 1600 Personen. In Kojlow sind Versammlungen professioneller Organisationen durchweg verboten.

Moskau, 26. 11.: In der heutigen Sitzung des Moskauer Rates hielt Rasowitsch einen Vortrag über die internationale Lage: „Das aggressive Vorgehen der Entente gegen das Räte-Rußland ist das Werk Englands, welches die Gegenrevolution bei uns unterstützt, geringfügige Deszentes macht, wohl auch in Miga und Sibau Truppen landen und Petersburg besetzen wird, doch daß es alles nur Demonstration.“ Sjadownikow berichtet über die Lage an der Front und konstatiert dabei, daß „die rote Armee sich weder halte und mit jedem Monate an strategischem Wert gewinne.“ Zum Schluß wurde eine Resolution gefaßt, in der es u. a. heißt: „Der Moskauer Rat wendet sich zum einmal die Aufmerksamkeit der arbeitenden Massen Russlands und der ganzen übrigen Welt auf die Gefahr, die den Ertrungsgeschäften der Revolution von Seiten der Imperialisten der Entente, mit ihrem gegenrevolutionären Beginnen, droht“, und weiter, daß der Rat dem Berliner Rat zu seinem Beschluß, eine zentrale Rätegewalt und eine sozialistische Armee zu organisieren, beglückwünsche. „Das deutsche Proletariat sei insbesondere vor der schred-

lichen Gefahr gewarnt, die ihm von seitens der imperialistisch-amerikanischen Imperialismus, der russischen und die deutsche sozialistische Republik gleichzeitig zu vermischen sich andiecht.“ — Es hat sich ein Verband zur Befreiung des Ostens von den ausländischen Imperialisten gebildet, und zwar aus einer Reihe von „Arbeits-Republiken“, die insgesamt die „Vereinigten Staaten von Asien“ ausmachen und die Annäherung an das Räte-Rußland anstreben.

Die Forderungen der preussischen Polen.

Von Grich Dombrowski.

Die sämtlichen deutsch-polnischen Organisationen haben, wie berichtet, in einem Aufruf „die Vereinigung aller in den polnischen Ländern wohnenden Volkskräfte zu einem Ganzen“ verlangt, nachdem die deutsche Regierung die vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson angenommen hat. Der dreizehnte Punkt des amerikanischen Friedensprogramms, auf den wir bereits hingewiesen haben, lautet:

„Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder, die von einer unzureichend polnischen Bevölkerung bewohnt sind, und deren geographischen freien und zuverlässigen Zugang zur See bezieht, und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßte, sollte errichtet werden.“

In seiner Rede vom 11. Februar dieses Jahres hat Wilson in dem vierten der dabei aufgestellten weiteren Grundsätze erläutert verlangt:

„daß alle für umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuzuteil werden kann, ohne neue oder die Benützung alter Elemente von Zwist und Gelehrtschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, anzuhängen.“

Danach kommen zwei Voraussetzungen für die Erfüllung der allpolnischen Wünsche in Frage. Einmal müssen die Länder (Territorien), die zu dem künftigen unabhängigen polnischen Reich beschlagen werden sollen, von einer unzureichend polnischen Bevölkerung bewohnt sein. Prüfen wir das an der Hand der amtlichen Statistiken aus der Zeit unmittelbar vor dem Kriege nach. Westpreußen, Polen und der südöstliche Teil Schlesiens, die von Polen durchzogen sind, müssen dabei in Betracht gezogen werden. Bei der Volkszählung im Jahre 1910 hatten danach als Muttersprache angegeben:

	deutsch	polnisch
In der Provinz Posen	38,42 Proz.	60,90 Proz.
davon:		
im Reg.-Bez. Posen	31,98	67,38
im Reg.-Bez. Bromberg	49,67	49,59
im schles. Reg.-Bez. Oppeln	40,04	52,96
		(wasserpolnisch)
	deutsch	polnisch
in der Prov. Westpreußen	64,45 Proz.	34,22 Proz.
davon:		
im Reg.-Bez. Danzig	71,72	27,22
im Reg.-Bez. Marienwerder	58,82	39,54
in der Stadt Danzig	96,5	2,1

Daraus geht hervor, daß nur in der Provinz Posen die polnisch sprechende Bevölkerung der deutschen an Zahl überlegen ist. Das ist in erster Linie in dem ersten Regierungsbezirk Posen der Fall. Hier ist das Verhältnis ungefähr 2 zu 1. Das heißt: auf je vier Polen kommt immer ein Deutscher. Von einer „unzureichend“ polnischen Bevölkerung kann mithin nicht einmal in diesem relativ kleinen Bezirk die Rede sein. Nimmt man ferner die Beteiligung der deutschen Elemente in diesem Bezirk unter die Lupe, so wird man entdecken, daß sich gerade hier zahlreiche geachtete deutsche Anstellungen befinden, die auf den ganzen Bezirk verteilt sind. In den anderen Gebieten liegen, wie die statistische Aufstellung ergibt, die ethnographischen Verhältnisse für die Polen viel ungünstiger. Im polnischen Regierungsbezirk Bromberg bildet die deutsche und die polnische Bevölkerung fast ziemlich die Waage. Deutsche haben sogar ein, wenn auch geringfügiges, Uebergewicht. In der Provinz Westpreußen dagegen entfällt im Durchschnitt ein Pole auf zwei Deutsche. Dabei sind die Kasubien, eine slawische Art, die man erst jetzt jetzt zu polonisieren begonnen hat, mit eingerechnet. Die polnische Bevölkerung im Nordwesten der Provinz ist durch einen breiten deutschen Gürtel von den übrigen polnischen Volksteilen der Provinz abgetrennt. Meist in der Hauptsache nur der Bezirk Neumark-Obbau, der unmittelbar an Kongreß-Polen grenzt. Die Stadt Danzig, die ja auch von den Polen beansprucht wird, auch wenn sie in dem Aufzuge nicht ausdrücklich genannt wird, weist in ihrer Bevölkerung, sage und schreibe, nur ein wenig mehr als zwei Polon auf. Die Polen Oberischlesien endlich, die sogenannten Wasserpolen, sind von den Polen überhaupt erst seit zwanzig Jahren „entdeckt“ worden. Früher haben sich die Polen um diese Schicht, die ein Polonisch spricht, das man nur als formumpriert bezeichnen kann, überhaupt nicht bekümmert. Erst die demokratisch-allpolnische Richtung, mit Herrn Korjanty an der Spitze, hat hier im Kampfe wieder das Zentrum eine wilde, zum Teil erfolgreiche politische Agitation entfaltet.

Noch lehrreicher ist die amtliche Statistik über die Reichstagswahlen vom Jahre 1912. Hier handelt es sich um die Zählung der geheim abgegebenen deutschen und polnischen

Durchstreift Osten, Süden, Norden
Verdicht nicht Weib, nicht Mann mit Orden.
Den schmerzt der Kopf, den juckt das Bein.
Den plagt der Krampf, auch Quitten obenein.
Der liegt erschöpft und erkrankt.
Mit Sehnicht der den Arzt erbarret.
Doch Freunde, obden alten Sang
Und ohne lauten Weckerklang
Erbin von der Gese'nen Vpe
Ein Verech der Madame Grinne!

Man sieht also: Es gibt nichts Neues unter der Sonne! Indessen ist es für die bemitleidenswerten Zeitgenossen, die heute von dem großen Schuppen greulich gelagert werden, nur ein schwacher Trost, daß es ihre Großväter oder Urgroßväter nicht besser hatten.

Seine Anekdoten. Wenig bekannte Seine-Anekdoten hat die Fürstin della Rocca, eine geborene Embden, also eine Schwefeltochter des Dichters, in einer 880 bei Barbona in Florenz erschienenen Schrift über seine veröffentlicht. Während seines Münchner Aufenthalts erhielt der damals noch junge, aber doch bereits berühmte Dichter eine Einladung zum Kaiser bei einer bayerischen Prinzessin. Seine erwiderte dem Voten, der die Einladung überbrachte: Wollen Sie Ihrer Königlichem Hoheit meinen verbindlichsten Dank, wollen Sie aber gefälligst hinzuzuden, daß ich nur dort meinen Kaffee zu nehmen pflege, wo ich zu Mittag gespeist habe.“ — In das Album des Infels Salomon seine schrieb der Dichter: „Teurer Onkel, geben Sie mir 100 000 Franken und verpassen Sie für immer Ihren Sie lebenden Neffen.“ — Als Seine einst wegen Aktenbellemanungen den Arzt konsultierte, forderte dieser ihn auf, tief Atem zu holen und vielleicht zu pfeifen. „Das bringe ich nicht zuwege“, meinte Seine, „und gelte es selbst, die Stüde von Scriba anzuspfeifen.“

Stimmen. Infolgedessen kommt hier die politische Stimmung der Bevölkerung klar und unverfälscht zum Ausdruck. Und hier tritt nun — ganz überraschend — das Bekenntnis zum Völkern, so weit sie das in Verhältnisversen überhaupt ausdrücken läßt, weit hinter den Größtmassen der Volksgliederung zurück. Die Tabelle besagt: Es wählten 1912:

	deutsch	polnisch
In der Prov. Posen . . .	44,2 Proz.	55,8 Proz.
davon:		
im Reg.-Bez. Posen . . .	38,7	61,3
im Reg.-Bez. Bromberg . . .	53,1	46,9
im sächsl. Reg.-Bez. Oppeln . . .	69,2	30,8
in der Prov. Westpreußen . . .	65,8	34,2
davon:		
im Reg.-Bez. Danzig . . .	71,9	28,1
im Reg.-Bez. Marienwerder . . .	61,3	38,7
in der Stadt Danzig . . .	98,0	2,0

Die erste Vorbedingung des Bilfsonischen Programms, die davon spricht, daß alle Länder mit einer unabweislich polnischen Bevölkerung zu einem selbständigen Staat vereinigt werden sollen, ist in Westpreußen, Posen und Oberschlesien also kaum erfüllt. Die Antwort auf die zweite Voraussetzung, daß nur „für unumschriebene nationale Ansprüche ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Justiz und Gerechtigkeit“ bestritten werden sollen, ist damit gegeben. Hierbei sind die östlichen Provinzen wirtschaftlich so sehr mit dem übrigen Preußen-Deutschland verbunden, daß wahrscheinlich viele Polen, vor die Entscheidung gestellt, selbst für eine weitere Zugehörigkeit zu Preußen votieren würden. Das neue Deutschland dürfte bereit sein, den Polen, als preußisch-deutschen Staatsbürgern, die volle kulturelle Autonomie zu gewähren und zur Durchführung dieses Grundgedankes sich zur Anlegung „nationaler Kataster“ zu entschließen. Aber wie der erst werdende polnische Staat sich (mit Recht) gegen Amerikaner deutschereits gewendet hat, ebenso sehr darf man von ihm verlangen, daß er, der noch kaum ins Leben getreten ist, nicht Apitrationen geltend macht, die das deutsch-polnische Verhältnis für immer vergiften würden. Die Politiker in Warschau, Krakau und Posen, die, statt eine reale Politik zu treiben, sich von neuem in einer nationalen Momantik zu verlieren drohen, sollen sich doch fragen, das Deutschland und Polen auf unbeschreibbare Zeit hinaus kulturell und wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind.

Unentbehrlichkeit der deutschen Sprache für die Kulturvölker.

Im „Intelligensjelder“ (Christiania) schreibt J. J. Sandberg: „Die Agitation für Erziehung des Deutschen durch das Französische in den norwegischen Schulen würde einen Rückschritt in unserer kulturellen Entwicklung bedeuten. Wir haben zwar viele Anregungen von Frankreich erhalten, vor allem auf künstlerischem Gebiete. In der praktisch-wissenschaftlichen Arbeit aber haben wir Deutschland das meiste zu verdanken. Die Studien in Zoologie, Medizin und Ingenieurwissenschaften beruhen zumeist auf deutscher Fachliteratur. Das Deutsche durch das Französische zu ersetzen, wäre daher eine Sünde gegen das große arbeitende Volk. Es ist eine Panikside, die von Sympathien und Antipathien des Krieges geschaffen ist. Bisher war es die Stärke unserer jetzigen Regierung, sich von Panikbewegungen nicht beeinflussen zu lassen. Es dürfte auch ferner für unser Volk das glücklichste sein, die unparteiische Neutralität auf allen Gebieten zu bewahren.“

Ähnlich meint Professor Hans Dahl in „Mens Revy“ (Christiania) vom 9. August: „Diese Agitation für Erziehung der deutschen Sprache durch das Französische ist geistige Maulwurfsarbeit. Dagegen muß man protestieren. Französisch ist eine Luxusprache für die Wenigen, während Deutsch eine Gebrauchssprache für die Vielen ist. Während meines langen Aufenthalts in Deutschland habe ich reichlich Erfahrung gesammelt, wie wichtig die Kenntnis des Deutschen für unser Volk auf allen Gebieten ist. Als Beispiel will ich nur nennen, daß an unserer Universität die medizinischen Lehrbücher deutsch sind. Die deutschen Lehrbücher können wir nicht entbehren, weil sie die besten sind. Oder meint man etwa, daß wir französische Lehrbücher verwenden sollen, nur weil sie französisch sind, wenn sie auch schlechter sind?“

Die Kriegskosten der Entente

bis zum 1. August 1918.

Unsere Feinde hat der Krieg bis zum Schluß des vierten Kriegsjahres bedeuten mehr Kosten verursacht. Sie belaufen sich nach feindlichen Quellen auf insgesamt etwa 362 Milliarden Mark. (Rußland und Rumänien, seit Anfang 1918 aus den Reichen unserer Feinde ausgeschieden sind, luden sich eine Kriegskostenhilfe von zusammen über 120 Milliarden Mark auf, die zum Teil von England und Amerika vorgeschossen wurde.)

Die gesamten Kriegskosten unserer Feinde verteilen sich wie folgt:
auf A m e r i k a einschließlich der an seine Verbündeten

gezahlten Vorküsse . . .	13 Milliarden Dollars
= rund 52 „ Mark*)	
davon sind durch langfristige Anleihen gedeckt	42 „
auf England (ohne die Vorküsse an die Verbündeten) . . .	7600 Millionen Pf. St.
= rund 150 Milliarden Mark	
davon sind durch langfristige Anleihen gedeckt	44 „
auf Frankreich . . .	140 Milliarden Franken
= rund 112 „ Mark	
davon sind durch langfristige Anleihen gedeckt	27,5 „
auf Italien . . .	43 Milliarden Lire
= rund 38,5 „ Mark	
davon sind durch langfristige Anleihen gedeckt	11 „

Die Kriegskosten der kleineren feindlichen Staaten sind wesentlich geringer, sie sind in der Hauptsache von England durch Vorküsse gedeckt worden.

Die Gesamtkriegskosten unserer Feinde im Weltkriege (einschließlich Rußlands und Rumäniens bis Anfang 1918) betragen fast 500 Milliarden Mark.

Wie Amerika die Nichtmitbürger rekrutiert.

„Aftonbladet“ (Stockholm) schreibt am 29. August: „Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ein einfaches Mittel gefunden, ihre Millionenheere durch Nichtmitbürger zu rekrutieren. Man ertönt eine Verordnung, die im Repräsentantenhaus mit 344 gegen 21 Stimmen angenommen wurde und dahin lautet, daß alle im Lande wohnenden Personen im wehrpflichtigen Alter, die Befreiung vom Kriegsdienst infolge fremder Mitbürgerschaft fordern, ohne Schöpfung deportiert werden sollen und künftig niemals amerikanische Bürger werden können. Das Kongressmitglied Burnett aus Alabama erklärte, daß, „da es gegen das geltende Gesetz verstieße, Ausländer auszuheben, der Beschluß der Deportation die meisten derselben dazu veranlassen würde, sich freiwillig zum Kriegsdienst zu melden“. Einen härteren Zwang auf die individuelle Freiheit hätte Bobritow nicht erfinden können. Als würdige Ergänzung dieses Zwangsausfalls hat ein anderer unglücklich gleichzeitig das Licht der Welt erblickt. Dieser bestimmt, daß eine Person, die das Mitbürgerrecht nicht gewonnen hat, kein Recht hat, mehr als 27 Acres Boden in der Stadt oder 160 Acres auf dem Lande zu besitzen. Alles, was sie darüber besitzt, verfiert gegen die Geheiß und fällt dem Staate anheim. In gewissen Staaten, wie z. B. Minnesota, wird ein großer Teil der Bevölkerung von schwedischen Farmern gebildet, die durch emigrierte Arbeit in den Besitz von Landgebieten gekommen sind, die größer als 160 Acres sind. Für diese bleibt nur übrig, ihren „überflüssigen Boden“ dem Staate als unrentmässiges Eigentum abzutreten oder auch die Mitbürgerschaft zu suchen und sich dadurch der Verpflichtung zu unterziehen, Kriegsdienst zu leisten, sofern sie nicht zu alt sind.“

Aus der georgischen Presse.

Die „Grutia“ widmet in der Donnerstagsnummer den Armeniern besondere Aufmerksamkeit: im Leitartikel: „Träumereien über die Vergangenheit“, vom bekannten Publizisten W. Dotschwin, und im Feuilleton: „Die Zukunft des Kaukasus und die Armenier“. In ersterem untersucht Verfasser die Frage, wie es komme, daß, obgleich die Mehrzahl der Armenier praktische, überlegende und nüchterne Leute sind, die armenische Politik stets eine so unausgeglichenen, fehlerhafte, allen Nachbarn feindselige ist, daß sie wohl dazu angetan sei — und es auch bis dahin war — den Groll und die Bitterkeit seitens dieser hervorgerufen. Vergebens versuchten es die Armenier jetzt, sich bei den Russen „verdienstlich“ zu machen und sich als die „einzige treue Nation im Lager der Verräter aufzuspielen“, denn „Rußland wisse ganz gut, was die Armenier wert seien, und die negativen Seiten im Wesen der herrschenden Klasse — Bier, Falschheit, Kriecherei — habe man in Petersburg und in Moskau längst zur Genüge erkannt“, und was man in Rußland überhaupt unter einem „Armenier“ verleihe, sei ohne jeglichen Kommentar verständlich. Was die Armenier jetzt, wo alle Welt von der Selbstbestimmung rede, haben wollten, läge auf der Hand: das großmächtige Rußland, das sich hier, in Transkaukasien, auf sie hüfte. Sie irten aber: Rußland, wie es sich auch mit dem Abschluß dieses Krieges gestalten möge, werde sich niemals auf die Armenier stützen; das Gegenteil behaupten, d. h. von der Möglichkeit einer solchen Freundschaft zwischen den Armeniern und den Russen sprechen wollen, hieße den Russen vor Grund aus verkennen. „Mögen die Armenier nach Herzenslust die

*) Die „Financial News“ bringen unterm 31. 7. eine Nachricht aus New-York, daß die täglichen Kriegsausgaben der Vereinigten Staaten nach einer amtlichen Ausgabe des Schatzamts etwa 50 Millionen Dollar betragen (d. h. mehr als die englischen!).

Georgier und die Mohammedaner befeunden, mögen ihre Generale zu wem von den russischen Oberbefehlshabenden sie wollen nach Befehlen lauten, so wird der Ruß denach, wenn alle wieder ins Gefolge gebürtigt, und das Leben neue gegenfeitige Beziehungen geschaffen haben wird, aufs neue sich mit Vertrauen an den Georgier und den Mohammedaner wenden und wie früher den Armenier schiel ansehen“. Die Politik der Georgier sei eine offene, getragen von einem ehrlichen und männlich starken Nationalismus; mit solchen Leuten könne man sich zugetraut immer verständig. Die Armenier träumten von der Vergangenheit und ein Gelingen, ein Weltkriege (bekannt durch ihren Haß gegen alles Armenische) wäre ihnen heute lieber als die Herren Tschakenli, Chan-Ghoiski, Aitoladze, Agajeff u. a. Das sei begreiflich, denn, wenn man ehrlich sein will, so muß man zugeben, daß die Armenier weniger als jedes andere Volk im Kaukasus ethnographische oder historische Rechte auf ein selbständiges Territorium haben; ein solches könnten die Armenier sich nur „erbeteln“, was sie auch immerfort täten. Da aber die Aussichten auf Erfolg in dieser Hinsicht nicht vielversprechende seien, da die andern mehrberechtigten Nationen sich nun auch moverten, so zögen die Armenier es vor, als russische Bürger den andern zuvorgutkommen und in der Allgemeinheit des Völkertums ihr Geschick fester und mit größerem Profit zu machen. Dadurch aber, daß die Armenier das sich neubildende Rußland, das ohnehin mit eigenen Angelegenheiten vollauf beschäftigt sei, in die transkaukasische Fäden zu verwickeln trachten, schaden sie ihm und sich selbst. Das werde die Zukunft lehren. — Der andere Aufsatz in der „Grutia“ enthält eine spaltenlange Beileit mit dem „Aischpatawor“, dem Leibarzt der Dschankafaner, wegen der angeblichen „Despotie“ in Adjerbeidjan, die insbesondere in den unglücklichen Gräueln zum Ausdruck gelangt sei, welche dort an Armeniern verübt worden, und woraus folge, daß diese Republik, kurz gefaßt, keine Existenzberechtigung habe. Verfaßt (pseudonym) zählt nun das ganze Sündenregister der Armenier auf, d. h. die nicht weniger zahlreichen Gräueln, die letztere an Mohammedaner verübt haben, und protestiert gegen die Heuchelei des gen. Blattes, das, um dem armenischen Volke den Glorienkranz des Märtyrers, den es sich ja verdient umgezogen, zu erhalten, damit Dritte reich werden und sich des „vielgeprühten“ Volkes annehmen, mehr als es das verdient habe, gefillichlich die armenischen Mißfakten verschweigt und die der Mohammedaner über Gebürbe und mit ungeheuren Uebertreibungen untertreicht. So könnte man in Transkaukasien nicht zum Frieden kommen, der nur durch gegenseitige Verhängung zu erzielen wäre, den die übrigen Republiken (Georgien, Adjerbeidjan, und die Bergvölker) allen Ernstes anstreben.

Aus der armenischen Presse.

„Shoghordzi Dzin“: „Dieser heilige Krieg gibt vielleicht den kleinen Völkern ihre Freiheit und Unabhängigkeit, aber diese kleinen Völker besitzen sich heute in einer so schweren Lage, daß sie von außen Hilfe erwarten müssen. Wie alle kleinen Völker, so muß auch das armenische auf der Friedenskonferenz vertreten sein und da Entscheidungen für seine Verluste und Anerkennung seiner Freiheit erhalten. Es werden auch die kommen, die unser Land in eine Ruine verwandelt und sich an uns bereichert haben. Wird es gehen wie auf dem Berliner Kongreß? Dann werden wir wieder trotz aller unserer Rechte „heringelegt“. Wir müssen uns also gehörig vorbereiten, um alle Tatsachen vorlegen zu können.“

„Nor Horizon“ baut in dieselbe Kerbe: „Der Schuß der „Christenheit“ war die heuchlerische Lösung, deren sich die europ. Mächte zur Erreichung ihrer Ziele im Osten bedienten. Ram es aber zu einem Krieg, dann wurde nicht ein Tropfen Blut für unsere Ideale und unser „christliches“ Volk vergossen. Starke Großmächte benutzten unsern Freiheitsdrang zur Stärkung ihrer eigenen Interessen.“

Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.

In einem deutschen Hause werden anreisenden Kolonisten

Betten

abgegeben. Reut-Str. (Рейтовская) № 13. 10—10

Deutsche Kaukasische

WEINE

vorzüglichen Geschmacks werden zu Engrospreisen in der Weinniederlage der Kaukasischen Weinhandlungs-Gesellschaft: Tiflis, Michael-Pl. 62—64, im 2—0 Hofe, verkauft.